

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/202

22. Oktober 1975

FDP und "Orientierungsrahmen '85"

Verwirklichung oder Ablehnung der Freiburger Thesen 1971

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 bis 3 / 132 Zeilen

Kirchen plädieren für die Polen-Abkommen

Berufung auf die Friedenseaufgaben des deutschen
Volkes

Von Johannes Rau MdB
Mitglied des SPD-Vorstandes und NRW-Landesminister
für Wissenschaft und Forschung

Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Die Opposition wird unglaubwürdig!

Völlig ungenügender Steuer-Maßnahmenkatalog der CDU/CSU

Von Dipl.-Ing Hans-Jürgen Junghens MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender
des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaftspolitik

Seite 6 / 29 Zeilen

Jetzt "kulturelle Außenpolitik"

Zum Schlußbericht der Enquête-Kommission

Von Karl-Hans Kern MdB
Stellv. Vorsitzender der Enquête-Kommission Auswärtige
Kulturpolitik

Seite 7 und 8 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Herculeslee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 66 37 - 38
Telefax: 08 66 346 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

FDP und "Orientierungsrahmen '85"

Verwirklichung oder Ablehnung der Freiburger Thesen 1971

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD

Die Parteitage der FDP - in Mainz - und, wenig später, der SPD - in Mannheim - dienen der Weichenstellung für die Bundestagswahl 1976. Deshalb müssen die Trommeln und Trompeten des Wahlkampfes nicht schon - zwangsläufig oder bestellt - die Begleitmusik sein.

Mit der Verabschiedung des "Orientierungsrahmen '85" endet beim Mannheimer Parteitag der SPD der Versuch einer Bestandaufnahme der ökonomischen Probleme unserer Industriegesellschaft. Die SPD hat fünf Jahre hindurch die innerparteiliche Diskussion ausschließlich problemorientiert geführt. Sie hat dabei, auf die semantische Geschmeidigkeit und Unverbindlichkeit biederkopflacher Programmzeugnisse verzichtend, sich nicht nur eine Kampagne der gewollten Mißdeutung durch die CDU auf den Hals geholt. Auch der Koalitionspartner FDP hat Gefallen an der Liberalität der Diskussion auf SPD-Bezirksparteitagen gefunden: Konnte man sich doch am Inhalt der Diskussion so herrlich einfach durch bloße Ablehnung profilieren.

Die Frage tauchte in der Öffentlichkeit auf, ob - nachdem in der Außenpolitik Ostverträge und KSZE abgeschlossen sind - die Gemeinsamkeiten der Koalitionspartner sich nicht zunehmend erschöpfen. Der bevorstehende FDP-Parteitag trifft keine Koalitionsaussage, aber seine Beobachter werden nach verbliebenen Gemeinsamkeiten von SPD und FDP in der Wirtschaftspolitik suchen. Die SPD-Bezirksparteitage sind vorbei, und der SPD-Bundesparteitag hat, wenn die FDP sich trifft, noch nicht stattgefunden. Eine geradezu phantastische Chance für einen kleineren Koalitionspartner, den korrigierenden Partner zu spielen, der später dann von sich sagen kann: "Wir Freie Demokraten halten die SPD auf dem richtigen Kurs!" Wer verschenkt schon eine solche Chance?

Sicher werden sich Bundeswirtschaftsminister Dr. Hans Friderichs und der Fraktions-Wirtschaftsexperte Graf Lambdorff mit der gängigen linken Kapitalismuskritik auseinandersetzen; z.B. mit folgenden Feststellungen:

"Die Tendenzen zur Akkumulation des privaten Kapitals, wie sie etwa in der Verzinsung des Geldes, aber auch in der Wertsteigerung des Bodens sichtbar werden, sind einem über Gewinnstreben und Markt-

nachfrage gesteuerten Wirtschaftssystem ebenso eigentümlich, wie die Tendenzen zur Konzentration des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Sie sind die Kehrseite der durch eben diese Mechanismen gesicherten Leistungsfähigkeit eines solchen Wirtschaftssystems.

Dem freien Selbstlauf überlassen, müssen eben diese negativen Tendenzen, bei aller ungebrochenen Leistungsfähigkeit, dessen Menschlichkeit am Ende zerstören: durch permanente Überprivilegierung der Besitzenden gegenüber den Besitzlosen, der Reichen gegenüber den Armen, der Produzenten gegenüber den Konsumenten, des Faktors Kapital gegenüber dem Faktor Arbeit..." - oder:

"Die aus der Kritik des kapitalistischen Systems entsprungene Arbeiterbewegung und die zunächst von liberaldemokratischer wie später von sozialdemokratischer Seite initiierte Gewerkschaftsbewegung hat das geschichtliche Verdienst, die Perversion des kapitalistischen Systems nicht nur aufgehalten, sondern in einen evolutionären Prozeß der ständigen Steigerung der Leistungsfähigkeit wie der Menschlichkeit dieses Wirtschaftssystems umgekehrt zu haben. Arbeitsschutzgesetzgebung, Arbeitslosenversicherung, Lohnvereinbarungen der Sozialpartner und zuletzt Betriebsmitbestimmung des Arbeitnehmers sind die Stadien dieser stetigen Systemreform."

Nein, dies ist nicht, wie manche möglicherweise vermuten, eine als neomarxistisch einzustufende Passage aus dem "Orientierungsrahmen '85" der SPD; dies sind Sätze aus den gesellschaftspolitischen Thesen des Freiburger FDP-Parteitag 1971! Es war eben nicht nur die Außenpolitik, es war vor allem die gesellschaftspolitische Neuorientierung der FDP in Freiburg, die Wiederentdeckung Friedrich Naumanns in der FDP, die das Bündnis der FDP mit der SPD begründete und festigte. Nach dem Willen der den Freiburger Parteitag prägenden FDP-Politiker sollte diese mit einer Kapitalismus-Kritik einsetzende gesellschaftspolitische Neuorientierung auch der Anfang eines neuen FDP-Weges sein. Die FDP wollte mehr sein als bloße Korrekturpartei.

Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einer Reform der Wirtschaftsordnung. So sagte der heutige Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer damals:

"Alle (diese) Tendenzen zur Akkumulation und Konzentration, alle diese Ungleichgewichte der Vorteile, mit ihren daraus folgenden Verzerrungen, wann nicht Verkehren nicht nur der Eigentums- und Besitzverhältnisse, sondern auch der hieraus wiederum sich ergebenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, stellen nicht nur die Menschlichkeit dieser Gesellschaftsordnung als eine solche der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! in Frage, sondern am Ende selbst die Leistungsfähigkeit der sie tragenden Wirtschaftsordnung."

Prof. Maihofer berief sich auf Karl-Hermann Flach, als er feststellte:

"Der Kapitalismus wird darum, wie Flach sagt, entweder 'weiter konzentrieren und feudalisieren und dann eines Tages hinweggefegt werden'
pr/hh

den'. Er wird nur dann 'überleben, wenn er die Entwicklung zur ständig zunehmenden Ungleichheit stoppt und allmählich umkehrt'."

Prof. Meißner forderte mehr als "Fraktionspolitik", als er ausführte:

"Vom Geklapper der Fraktionspolitik entsteht kein Mehl der Zukunft, solange nicht hinter diesem Geklapper neuer Geist ausgeschüttet wird."

Und er beendete sein Parteitagevortrag mit Friedrich Naumanns Warnung:

"Soviel ist sicher, daß der Liberalismus als Gesamterscheinung zu Ende ist, wenn er gegenüber der Macht des Großbetriebes aus Furcht oder Mangel eines neuen freiheitlichen Gedankens sich tatenlos und programmlos zurückzieht."

Wer den Entwurf des "Orientierungsrahmens '85" der SPD nicht nur zur Gegenpropaganda benützt, sondern ihn liest und zu anderen Positionen kommt, wird sich - auch als Partei - nicht der Pflicht entziehen können, diese Gegenpositionen konkret zu formulieren. Die Notwendigkeit, gegenwärtige Wirtschaftsstrukturen zu verändern, wurde 1971 in Freiburg von der FDP ausdrücklich bejaht. Die bloße Distanzierung vom "Orientierungsrahmen '85" durch jene Politiker in der FDP, die bereits in Freiburg und seit Freiburg die Zögernden und Hemmenden waren, wäre dann das Signal nicht für einen Kurswechsel der SPD, sondern für einen in der FDP. Deshalb hat der bevorstehende Parteitag der FDP für die SPD den Rang einer wichtigen Weichenstellung, auch wenn die Koalitionsaussage erst im Frühjahr 1976 erfolgt.

Die CDU kann in dieser Phase der Parteitage der Koalitionsparteien nur Ablenkungsversuche von ihrer inneren Situation starten. Doch hat Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf in seinem Buch "Fortschritt in Freiheit" auf die unausweichbaren Anpassungsprozesse der Industrie an eine völlig veränderte Weltwirtschaft hingewiesen. Nach den Wahlen im Mai in Nordrhein-Westfalen hat Biedenkopf die Sozialausschüsse, nach den Wahlen in Bremen das Ahlener Programm der Union neu entdeckt; kurz: Die notwendigen Veränderungen der Industriestruktur sind bei denen, die etwas davon verstehen unbestritten. Offen ist bei FDP und CDU nur, was man davon dem Wähler sagen darf. Dies erklärt, warum die Diskussion um den "Orientierungsrahmen '85" bis jetzt häufig nur wahlkampfbezogenes Schattenboxen sein konnte. Die Pflicht, selbst konkret zu werden, bleibt aber nur dem erspart, der sich darauf verlassen kann, in der Opposition zu bleiben.

(-/22.10.1975/bgy/pt/ben)

+ + +

Kirchen plädieren für die Polen-Abkommen

Berufung auf die Friedensaufgaben des deutschen Volkes

Von Johannes Rau MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes und NRW-Landes-
minister für Wissenschaft und Forschung

Maßgebliche Kreise der evangelischen und katholischen Kirche haben sich in letzter Zeit zu den jüngsten Vereinbarungen der Bundesregierung mit der Volksrepublik Polen geäußert.

Ich begrüße das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen den Erwartungen der Kirchen und dem Verhandlungsergebnis über die Rentenzahlungen und Familienzusammenführung.

So hat der stellv. Ratavorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der hessen-nassauische Kirchenpräsident Helmut Hild, die vertraglichen Abmachungen als abschließende Lösung zur Neubegründung des deutsch-polnischen Verhältnisses gewürdigt. Es sei wünschenswert, erklärte er, wenn sich im Bundestag und Bundesrat breite Mehrheiten für die Verträge fänden. Die Bundesrepublik könnte dadurch in Polen und in der Bundesrepublik sowie in der Weltöffentlichkeit deutlich machen, daß sie den Krieg und seine Folgen endgültig überwinden wolle. Hild erwartet, daß die vereinbarten Rentenzahlungen denjenigen polnischen Bürgern zugute kommen, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren.

In ähnlicher Weise hat die internationale katholische Friedensbewegung "Pax Christi" unter Vorsitz ihres Präsidenten, des Bischofs Dr. Moser, Stellung genommen. In einer Erklärung des Präsidiums der deutschen Pax-Christi-Sektion heißt es u.a.: "Das Präsidium begrüßt, daß nach jahrelangen Tauziehen eine Regelung gefunden werden konnte, die einerseits finanzielle Leistungen an Polen in Höhe von 2,3 Milliarden DM im Rahmen von Renten und

Kreditvereinbarungen, andererseits die Ausreise von 125.000 Deutschen aus Polen vereicht. Pax Christi bringt trotz der oft kritisierten Kopplung humanitärer und ökonomischer Gesichtspunkte die Hoffnung zum Ausdruck, daß damit die deutsch-polnischen Beziehungen eine neue Phase erreichen."

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß das Mitglied des Rates der EKD, der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker, gegen die überwiegende Mehrheit des CDU-Bundesvorstandes den Standpunkt der EKD konsequent durchgehalten und zum Ausdruck gebracht hat, daß er im Bundestag für das Abkommen stimmen werde. Von Weizsäcker hat damit parteitaktische Erwägungen zugunsten der persönlichen Überzeugungen in der Sache zurückgestellt.

Es sei in Erinnerung gerufen, daß Richard von Weizsäcker im Jahre 1968 Mitverfasser der EKD-Studie "Über die Friedensaufgaben der Deutschen" gewesen war. In dieser Denkschrift wurde dazu aufgefordert, über die Blockgrenzen hinweg Maßnahmen der Friedenssicherung zu treffen, auch solange die ideologischen und politischen Differenzen noch nicht überwindbar erschienen.

Was das erneute Eintreten von Vertretern beider Kirchen für eine baldige Verabschiedung der Polen-Abkommen betrifft, so liegt es auf der Linie der Vertriebenen-Denkschrift der EKD von 1965, die vertragliche Regelungen mit Polen als einen Eckstein deutscher Ostpolitik forderte, sowie der Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Julius Kardinal Döpfner, die er 1970 "Zur Versöhnung mit dem polnischen Volk" abgegeben hatte.

(-/22.10.1975/wi/ee)

+ + +

Die Opposition wird ungläubwüdig!

Völlig ungenügender Steuer-Maßnahmen-Katalog der CDU/CSU

Von Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Junghans MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaftspolitik

Während Koalition und Bundesregierung entschlossen sind, Sparmaßnahmen durchzuführen und den Haushalt zu entlasten, stellt die CDU/CSU-Opposition, nachdem sie vorher lauthals von "zerrütteten Finanzen" gesprochen hat, einen ganzen Katalog von Forderungen in Höhe von vielen Milliarden DM zur steuerlichen Begünstigung der Unternehmer aus. So besteht der Beitrag der Opposition zur Debatte über die Verbesserung der Haushaltsstruktur nur in weiteren Beiträgen zur Erhöhung des Defizits.

Die Arbeitsloenzahlen sind der Opposition ein willkommenes Anlaß, um unter dem Deckmantel der Konjunkturpolitik die Vermögensbildung in Unternehmerhand zu betreiben, während die Sparmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer gehen sollen. All dies könnte noch diskutabel sein, wenn von dem vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog der CDU/CSU wenigstens einigermaßen gesicherte, konjunkturell anregende Wirkungen zu erwarten wären. Aber dies ist in keiner Weise zu erwarten.

Auch in dem kürzlich veröffentlichten Herbstgutachten 1975 der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute wird festgestellt, daß Produktionsreserven in reichem Maße vorhanden sind, und ursächlich für die Rezession die Nachfrageschwäche vor allem auf den Auslandsmärkten ist. Damit handelt es sich, wie ich immer wieder festgestellt habe, um eine Nachfragekrise und nicht um eine Angebotskrise. Durch steuerliche Erleichterungen verbessern sich die Exportchancen der deutschen Industrie aber in keiner Weise.

Der ausgewogenen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die den konjunkturellen Erfordernissen mit ihren bisherigen Konjunkturprogrammen und mit ihren Anstrengungen für eine abgestimmte Konjunkturpolitik der wichtigsten Partner sowie den Grundsätzen einer soliden Haushaltsführung mit dem jüngst vorgelegten Spätprogramm Rechnung trägt, hat die Opposition nichts entgegenzusetzen. Dedurch, daß sie von Finanzkrise spricht, aber nichts zum Abbau des Haushaltsdefizits beiträgt, sondern darüber hinaus weitere Lücken aufreißen will, wird sie ungläubwüdig. (-/22.10.1975/wj/pr)

+ + +

Jetzt "kulturelle Außenpolitik"

Zum Schlußbericht der Enquête-Kommission

Von Karl-Hans Kern MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Enquête-
Kommission Auswärtige Kulturpolitik

Die Übergabe des Schlußberichtes der Enquête-Kommission für Auswärtige Kulturpolitik an die Öffentlichkeit bedeutet den Abschluß einer 15-jährigen Debatte, die im Bundestag im Juni 1960 mit der Aussprache über "Deutsche Kulturarbeit im Ausland" aufgrund einer großen Anfrage der SPD-Fraktion eingeleitet wurde. Schon damals war niemand bei der Verwendung des Begriffes Kulturpolitik glücklich. Carlo Schmid hat im Bundestag gesagt: "Wenn ich das Wort Kulturpolitik höre, beschleicht mich fast immer ein Unbehagen, verband sich doch mit diesem Wort die Vorstellung, der Staat könne Kultur machen und habe sie zu machen."

Es geht bei der kulturellen Außenpolitik, bisher sprach man von auswärtiger Kulturpolitik, um den Grundsatz zwischen der Sphäre der Freiheit und der Autonomie einerseits, die für jedes künstlerische Schaffen und jede wissenschaftliche Forschung notwendig sind, und der Sphäre des Staatlichen, das ohne Autorität und Machtmittel nicht bestehen kann, andererseits. Ein Übermaß an politischer Autorität und staatlicher Macht kann für die Kultur verhängnisvoll werden. Der Staat jedoch, der die notwendige Autonomie des Geistigen und Kulturellen anerkennt und durch materielle Hilfe unterstützt, fördert mit den Interessen von Kunst, Literatur und Wissenschaft auch seine eigenen Interessen. Wenn mit dem Schlußbericht der Enquete-Kommission noch einmal deutlich wurde, daß es in diesem Bereich keine nennenswerten parteipolitischen Gegensätze gibt, so ist das aus der 15jährigen Diskussion zu diesem Thema folgerichtig. Kultur als Lebensäußerungen eines Volkes gehört nicht Interessengruppen, sondern gehört uns allen.

Der Schlußbericht hat in einem sehr umfangreichen Grundsatzkapitel deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik zwar als wirtschaftlich starker Staat, aber auch politisch in der Welt Ansehen genießt, daß als dritte Komponente von eigener Qualität die Kultur in den internationalen Beziehungen

eine zunehmende Bedeutung erlangt und die Bundesrepublik daher auch um ihrer selbst willen bemüht sein muß, als Kulturstaat international zu bestehen.

Die Enquête-Kommission verwendet einen umfassenden Kulturbegriff, unter dem alle Maßnahmen der kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland, die Bildungshilfe, die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaften und Hochschulen und die kulturelle Kommunikation mit Ausländern im Inland verstanden werden. Daher hat sie mit dem Schlußbericht auch erstmals eine Übersicht über alle Ausgaben des Bundes im Bereich der kulturellen Außenpolitik gegeben.

Die Reformvorschläge der Kommission beziehen sich auf Verbesserungen der Information und Koordination aller an der kulturellen Außenpolitik Beteiligten, sowohl der staatlichen Stellen, als auch der Mittlerorganisationen. Sie schlägt ein System von Fachausschüssen und regionalen Planungsausschüssen vor, in welchen die Bundesressorts, die Bundesländer, Mittlerorganisationen und Leistungsträger sich gegenseitig unterrichten, eine koordinierte Planung entwerfen und ihre Zurückführung übernehmen. Um die kulturelle Außenpolitik transparenter zu machen, empfiehlt die Kommission, jährlich einen öffentlichen deutschen Auslandskulturtag einzuberufen. Für den Bereich der 222 von der Bundesrepublik geförderten Schulen im Ausland erwartet die Kommission eine stärkere Integration in das Bildungssystem des Gastlandes. Wie in allen Bereichen, so gilt auch hier das Prinzip der Partnerschaft. Eine Förderung von Schulen, die sich als isolierte Inseln des Deutschtums im Ausland verhalten, ist nach Auffassung der Kommission nicht mehr gerechtfertigt.

Trotz der vielen Reformvorschläge bleibt die Kommission mit ihren Empfehlungen kostenneutral. Sie verlangt nicht mehr Geld, sondern daß das für kulturelle Außenpolitik aufgewendete Geld so effektiv wie möglich eingesetzt wird.

(-/22.10.1975/wi/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller